



Joachim Jahnke



Die Zweite Völkerwanderung  
hat begonnen

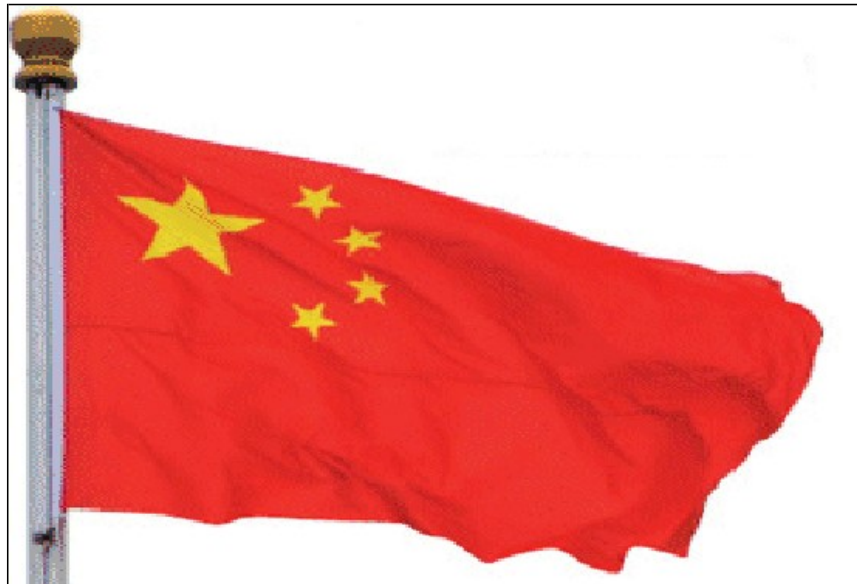
ISBN = 99783739200446 im Buch- und Versandhandel für 6,60 Euro erhältlich,  
z.B. bei Buch.de [hier](#).

---

*"In times of universal deceit, speaking the truth is a revolutionary act."*

*"If liberty means anything at all, it means the right to tell people what  
they do not want to hear" George Orwell*

**global news 3415 15-01-16: Der Neoliberalismus kommt fast  
immer auf Schleichwegen: Beispiel China**



Selten zeigt der Neoliberalismus offen sein Gesicht. Meist kommt er auf Schleichwegen, um keine Aufmerksamkeit und damit Widerstand zu erregen. Die Bürger merken es als Betroffene meistens zu spät. Mit dem Verweis auf die "Alternativlosigkeit" werden sie dann stumm gemacht. Das gilt besonders für die Handelspolitik. Wer kann schon mit der Welthandelsorganisation viel anfangen, und "Freihandel" klingt wie "Freiheit" immer gut. Nur bei den Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen ITTP ging es diesmal anders, weil die Antiglobalisierungsbewegung rechtzeitig die Alarmglocken läutete.

Doch von den globalen Handelsregeln innerhalb der WTO gehen viel größere Gefahren als vom TTIP aus, ohne daß sich die Bevölkerungen dessen bewußt wären, oder jedenfalls nicht, bis es zu spät ist. So läßt sich China in der WTO gern als armes Entwicklungsland mit allen damit verbundenen Vorteilen behandeln, obwohl es längst ein aggressives Schwellenland geworden ist, das als Werkbank der Welt fast überall in großem Stil Jobs abräumt. So soll es beispielsweise im Bereich der noch laufenden Doha-Runde zur Absenkung der Zölle für den Import von Autos in die EU von 10 % auf nur noch 4,5 % kommen. China soll dagegen seinen Einfuhrzoll für Autos nur von 25 % auf 18 % absenken. Daran ist zu sehen, wie ungleichgewichtig zu chinesischem Vorteil die Verhandlungen wieder einmal angelegt sind.

Besonders riskant für Deutschland und die anderen Industrieländer wird es jetzt bei der Frage, ob China der Status einer Marktwirtschaft zuerkannt werden soll. 2001 beim Beitritt Chinas zur WTO wurde vorgesehen, daß dies Ende 2016 der Fall sein soll und erst dann das Antidumping-Schwert der Handelspolitik stumpf werden würde. Bis dahin sollten für 15 Jahre noch chinesische Preise mit den Kosten in anderen Entwicklungsländern, meist Indien, verglichen werden können, um Dumpingmargen festzustellen, ohne daß - wie bei Marktwirtschaftsländern - die Produktionskosten im Exportland selbst ermittelt werden müssen. Doch wenn diese Regelung nun Ende 2016 ausliefe, worauf China besteht, wird es noch schwieriger und eigentlich unmöglich, dem

chinesischen Dumping zu begegnen, schon weil die Ermittlung der Produktionskosten und damit der Dumpingmarge in einem Land unter der Kontrolle der KPC fast unmöglich ist.

Gegner eines automatischen Zugeständnisses des Status "Marktwirtschaft" an China argumentieren zurecht, vor 15 Jahren sei unterstellt worden, daß das Land 2016 tatsächlich eine Marktwirtschaft sein würde und zwar ohne das Fortbestehen eines Unmaßes an Subventionen, eines Verbots unabhängiger Gewerkschaften und eines total vom Staat kontrollierten Bankensektors sowie von Machtpositionen der KPC in fast jedem Betrieb.

Die Gegner warnen auch vor den drohenden Konsequenzen. Nach einer Studie des Economic Policy Instituts in Washington droht allein in der EU der Verlust von 1,7 bis 3,5 Mio. Arbeitsplätzen. Vor allem in 30 Bereichen von Aluminium, Fahrrädern, Keramik, Glass, Autoteilen, Papier bis Stahl sind diese Gefahren groß. Für Deutschland rechnet das Institut mit 639.000 Jobverlusten, für Italien mit 416.000 und für Großbritannien mit 387.000. Daher sind Italien und einige andere EU-Länder, viele Gewerkschaften und die betroffenen Industrien auf der Bremse.

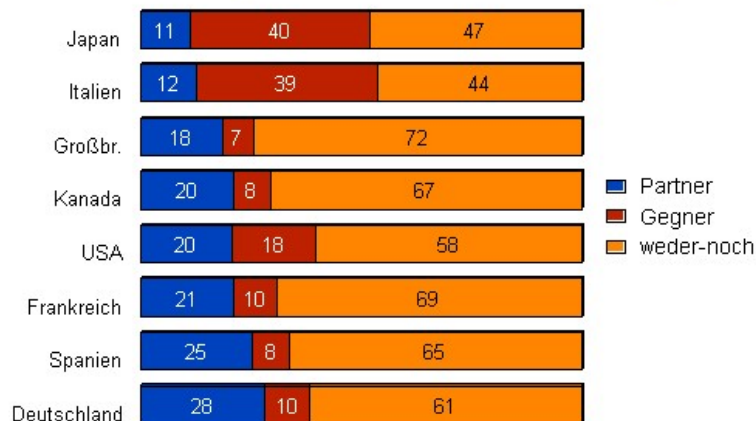
Doch unter dem Druck der Multis, die immer nur vom chinesischen Markt träumen, neigt die EU-Kommission jetzt dazu, dem chinesischen Druck nachzugeben. Auch Warnungen der USA vor einem solchen Schritt werden da nicht viel bewirken, zumal Bundeskanzlerin Merkel (siehe Abb.) und der britische Premier Cameron zu den Befürwortern des Zugeständnisses gehören sollen. In Deutschland macht natürlich der Bundesverband der Industrie die übliche neoliberale Musik. Die Befürworter klingeln zudem mit gewaltigen Investitionen Chinas in Europa als erhoffte Gegenleistung.



Anders als wahrscheinlich die EU, werden sich die USA einer offiziellen Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus von China enthalten. China muß dann selbst vor der WTO gegen fortbestehende amerikanische Schutzmaßnahmen klagen und dabei beweisen, daß es tatsächlich eine Marktwirtschaft hat - was ihm nicht leicht fallen wird.

Ein Widerstand der Bürger Europas gegen die weitgehende Aufgabe des Antidumping-Schutzes ist leider kaum zu erwarten, schon weil - anders als beim TTIP - die Antiglobalisierungsbewegung nicht antritt. Es ist für sie offensichtlich weit einfacher, gegen Absprachen mit den "bösen" Amerikanern zu trommeln als mit den "guten" Chinesen. Außerdem sehen die Deutschen nach einer Umfrage des renomierten PEW China mehr als Partner, als die Bürger aller anderen westlichen Länder, in denen die Umfrage stattfand (Abb. 08266), was auf intensive positive Medienarbeit hinweist, oder ist es nur Naivität?

### 08266: Haltung zu China: Partner oder Gegner?



Quelle: PEW International, 18.7.13. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>

Dabei ist China inzwischen selbst zu einem Krisenland geworden, das seine Importe abbremst und gleichzeitig seine Exporte mit einer unterbewerteten Währung dramatisch hochfährt und so seine eigenen Probleme exportiert (Abb. 18947). China hat das bereits in der schweren globalen Kreditkrise von 2007/08 brutal betrieben und macht es jetzt wieder so (Abb. 19076). Über die Jahre seit 2000 hat China bereits einen gigantischen Überschuß mit Deutschland von 244 Mrd. Euro hochgefahren; entsprechend waren die Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt, auch wenn Deutschland mit eigenen Überschüssen vor allem gegenüber den derzeitigen EU-Krisenländern und Frankreich ausgleichen konnte. Mit diesem rücksichtslosen Verhalten auf der Basis einer von der KPC eng kontrollierten Wirtschaft (das Gegenteil einer Marktwirtschaft) und von Manipulation seiner nicht frei konvertierbaren Währung (seit April 2015 Abwertung um 7 %) ist China besonders in schweren Zeiten der Weltkonjunktur kein guter Wirtschaftspartner.



Auch in dieser Frage kennen übrigens die deutschen Neoliberalen in Regierung und Verbänden keine Rücksicht auf die Eurokrisenländer, die sowohl unter unfairer deutscher wie chinesischer Konkurrenz leiden und die chinesische demnächst noch mehr zu spüren bekommen werden. Da gilt dann nur "Pech gehabt!". Doch Deutschland wird am Ende auch diese Eurozeche zahlen müssen, natürlich "alternativlos".

Und noch etwas wird in Deutschland von den Neoliberalen vergessen oder verdrängt. Mit seinen brutal aufgebauten Bilanzüberschüssen kauft China ebenso brutal Industrien in den entwickelten Industrieländern auf, um dabei die Hand auf die wertvollen Technologien zu bekommen. Dabei geht es nicht um private Aufkäufe. Hier treten der chinesische Staat und damit die KPC selbst als Käufer auf. Am kürzlichen Aufkauf von KraussMaffei, eines der größten deutschen Maschinenbauunternehmen mit der Expertisen für Maschinen im Plastik- und Gummibereich, war die staatliche China National Chemical Corp (ChemChina) beteiligt. Dazu der Vorsitzende von ChemChina Jianxin Ren: "Die Übernahme wird helfen, die made-in-China Initiative zu realisieren". So wird Dank KPC das "made in Germany" zu "made in China". Es ist ein total unfairer Wettbewerb zwischen der chinesischen Staatswirtschaft und privaten Unternehmen im Ausland.

\* \* \* \* \*

**[Hier](#) können Sie diesen Rundbrief bewerten.**